

Rede zum 25-jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution, am 7. November 2014 in Cottbus, Ulrike Poppe

Heute, am 7. November, vor 25 Jahren, ist die gesamte Regierung der DDR, unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Willi Stoph zurückgetreten. Dennoch ahnte niemand, dass zwei Tage später die Mauer fällt. Nein, eigentlich ist sie nicht so einfach umgefallen, sie wurde umgestoßen. Umgestoßen von Menschen, die entschlossen waren, sich nicht länger einsperren zu lassen.

Wenn ich zurückdenke an die Tage und Wochen in jenem Herbst, muss ich mir eingestehen, dass wir selbst überrascht waren, welche geschichtsmächtige Kraft uns auf einmal zuwuchs. Nach all den Jahren, in denen wir, wie so viele schwankten, zwischen kleinsten Hoffnungen auf Reformen und wiederkehrenden Zweifeln, gelang plötzlich etwas Großartiges. Der Slogan, „Wir sind das Volk“ geriet vom Ruf an die Herrschenden zum Ruf an uns selbst. Das Volk wurde sich seiner eigenen Macht bewusst.

Zuerst war die Empörung, die Wut. Innenstädte verfielen, die Wirtschaft war bankrott, Flüsse, Seen und Böden vergiftet, Schienenstränge und Straßen marode. Die Wahlergebnisse wurden gefälscht, die hohlen Phrasen der Propaganda kränkten unseren Geist und die gefeierte Spießigkeit beleidigte unsere Sinne. Die Menschen hatten es satt! Dann kam das Wagnis, begleitet von Sehnsucht, Hoffnung, Angst und gespannte Erwartung. Und schließlich der selbstbewusste Schritt aus der Starre, der Stagnation!

Wir lassen uns nicht mehr von den Herrschenden belügen und jagen die SED-Bonzen aus ihren Sesseln! Der Sturz des Regimes gelang, die ersten freien Wahlen fanden statt und der Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates begann.

Was ist geblieben, vom Schwung des Aufbruchs, von den Glücksmomenten jener Wochen, in denen mangels anerkannter Führung die Menschen in den Städten und Kommunen ihre Geschicke in die eigenen Hände nahmen? Konnten wir etwas mitnehmen aus den Erfahrungen der wunderbar kreativ chaotischen Zeit? Wir wurden angeschlossen, an den Westen, - wir haben uns angeschlossen. Es gab eine breite Zustimmung.

Mit der ostdeutschen Kultur und Geschichte, mit den Erfahrungen im Umgang mit autoritärer und repressiver Staatsmacht, mit all dem Ballast aus der Vergangenheit, und auch mit dem, was sich trotz des Systems an Widerständigem und Eigensinn herausgebildet hatte, blieben wir im nordöstlichen Fünftel weitgehend allein. Die Vergangenheiten beider Teile Deutschlands sind, entgegen allem verbalen Anspruch, nicht fusioniert, jedenfalls nicht im öffentlichen Bewusstsein. Dennoch: die Sichtweisen auf das untergegangene System sind hüben wie drüben kontrovers, vielstimmig, und wirken zuweilen hart in die Gegenwartsdebatten hinein.

Erinnerung und Gedenken sind Konstruktionen der Gegenwart. Anders als in den vorgeschriebenen, geschlossenen Geschichtsbildern in der Diktatur, stehen unter demokratischen Verhältnissen die Geschichtsdeutungen in Konkurrenz zu einander. Sie befinden sich in ständigem Wandel. Sie unterliegen dem öffentlichen Meinungsstreit. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, das sollten wir nicht beklagen!

Solche Auseinandersetzungen dienen der Verständigung über zentrale Werte und Normen unseres Zusammenlebens. In der Demokratie müssen verbindliche Sinnstrukturen immer wieder neu erarbeitet werden.

Hier in Brandenburg wurde vier Jahre lang in einer Enquete-Kommission des Landtags über den Transformationsprozess der vergangenen 20 Jahre diskutiert. Mitunter haben die Beteiligten, aus den verschiedenen Parteien kommend, heftig gestritten. Aber, da bin ich mir sicher, ist damit eine Verständigung befördert worden, für die es im gewöhnlichen parlamentarischen Schlagabtausch wenig Raum gibt. Verständigung heißt natürlich nicht, dass man sich in allen Fragen einig wurde. Aber man kann grundsätzliche gemeinsame Positionen erst einmal herausfinden.

In den gegenwärtigen Debatten, wie die um den „Unrechtsstaat DDR“, zeigt sich erneut, worin und in welchem Maße die Deutungen in Bezug auf die Diktatur-Vergangenheit auseinandergehen. Für viele, die unter der Diktatur gelitten haben, mögen das Unrecht verharmlosende Äußerungen in diesem Zusammenhang schmerzlich sein. Ebenso werden jene, die genügend Empathie mit den Opfern von Menschenrechtsverletzungen aufbringen, sich empören. Das natürlich mit vollem Recht. Gleichwohl sollte m. E. genau beachtet werden, wo tatsächlich Verbrechen der Diktatur geleugnet und wo nur unsinnige, formale, begriffliche Pirouetten gedreht werden. Jede Ritualisierung der Vergangenheitsdebatte birgt die Gefahr in sich, dass die konkreten Inhalte und der sinnstiftende Bezug zur Gegenwart verloren gehen. Bei aller Wandelbarkeit in der Interpretation von Vergangenheit können wir aber auch auf einem bisher gefundenen und mehrheitlich anerkannten, wertebezogenen Grundkonsens aufbauen. Über die NS-Diktatur scheint dieser sich im öffentlichen Meinungsbild durchgesetzt zu haben. Der Philosoph Jürgen Habermas sprach Anfang der 90er Jahre in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, dass sich nun zum ersten Male ein „antitotalitärer Konsens“ herausbilden könne, „der diesen Namen verdient. Dieser sollte eine gemeinsame Basis sein, auf der sich dann erst linke und rechte Positionen voneinander differenzieren. Das mag jüngeren und nachwachsenden Generationen [...] leichter fallen als uns Älteren“. – so Habermas. Mir scheint, auch angesichts mancher Debatten um das politische System in der DDR, dass wir nun auch nach 25 Jahren, noch weit entfernt sind, von einem solchen „anti-totalitären Grundkonsens“.

Die menschenrechtlichen Standards könnten allerdings durchaus als Bewertungsmaßstab gelten und zwar für die Vergangenheit ebenso wie für die Gegenwart und als Richtschnur für zukünftige Entwicklungen.

In der Debatte um die DDR-Vergangenheit kommt es immer wieder zu Missverständnissen:

Zum Einen sehen sich manche DDR-Bürger mit der Kritik am politischen System, das um seiner Machterhaltungswillen Andersdenkende verfolgt und Existenzen zerstört hat, Menschen an der Grenze erschießen ließ, in ihrer Lebensleistung diskreditiert. Aber das politische System und das individuelle Leben sind zweierlei.

Zum anderen wird, wenn von DDR-Unrecht die Rede ist, entgegen gehalten, dass heute und hier auch viel Unrecht geschehe. Natürlich kann niemand leugnen, dass auch ein demokratischer Staat den Menschen die Gerechtigkeit nicht garantieren kann. Eine vollkommene Gerechtigkeit, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, verhieß die kommunistische Ideologie für die ferne Zukunft. Aber, wie Immanuel Kant schon feststellte, „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“

Wo Menschen sind, werden auch Fehler gemacht. Der Unterschied ist nur, ob die politische Ordnung dem Einzelnen die Freiheit lässt, das Unrecht zu benennen, von der Politik Rechenschaft zu fordern, sie ggf. abzuwählen und sich gerichtlich zu wehren. Wenn wir aber über Leid und Unrecht reden, das die SED-Staatsführung zu verantworten hat, können nur menschenrechtliche Normen der Maßstab sein, nach denen wir urteilen. Ein Unrecht wird durch ein anderes nicht weniger schwerwiegend. Das sollte auch in den bis heute anhaltenden Debatten über die Verbrechensdimension in nationalsozialistischer und stalinistischer Zeit bedacht werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns an die besten Traditionen freiheitlicher Bestrebungen anknüpfen und diese als hohes Gut bewahren! Mögen die glücklichen Momente, als wir von Untertanen zu Bürgern wurden, in unserer Erinnerung bleiben und auch nachfolgende Generationen inspirieren!